

# EJIMEL

Electronic Journal of Islamic  
and Middle Eastern Law



Vol. 2 (2014)

## IPR und Ordre Public im Recht Arabischer Staaten

*von Aouni Shahoud Almousa*



University of  
Zurich <sup>UZH</sup>



Vol. 2 (2014)

**Editor-in-Chief**

Prof. Dr. Andrea Büchler, University of Zurich, Switzerland

**Editorial Board**

Prof. Dr. Bettina Dennerlein, University of Zurich, Switzerland

Prof. Dr. Gianluca Parolin, American University in Cairo, Egypt

Prof. Dr. Mathias Rohe, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Germany

Dr. Eveline Schneider Kayasseh, University of Zurich, Switzerland

Dr. Prakash A. Shah, Queen Mary, University of London, UK

Dr. Nadjma Yassari, Max Planck Institute for Comparative and International Private Law, Hamburg, Germany

## **EJIMEL    Vol. 2 (2014)**

### **Published by**

The Center for Islamic and Middle Eastern  
Legal Studies (CIMELS), University of Zurich,  
Zurich, Switzerland

### **Suggested citation style**

Electronic Journal of Islamic and Middle Eastern Law  
(EJIMEL), Vol. 2 (2014), pages, <http://www.ejmel.uzh.ch>

**ISSN 1664-5707**

This work is licensed under a Creative Commons  
Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0  
Unported License ([http://creativecommons.org/  
licenses/by-nc-nd/3.0/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/)).

Cover photo: © PRILL Mediendesign/Fotolia.com

# IPR und Ordre Public im Recht Arabischer Staaten\*

von Aouni Shahoud Almousa\*\*

## I. Einleitung und Problemstellung

Ist nach den Kollisionsregeln der *lex fori* auf ein Rechtsverhältnis ein ausländisches Recht anzuwenden, oder vereinbaren dies die Parteien des Rechtsverhältnisses, so ist das ausländische Recht in diesem Fall nur dann anwendbar, wenn es nicht gegen den *ordre public* und die guten Sitten verstößt.<sup>1</sup> Weiterhin ist die Anerkennung bzw. Vollstreckung ausländischer Gerichtsurteile und Schiedssprüche abzulehnen, sofern ihr Inhalt im Widerspruch zum *ordre public* und den guten Sitten steht<sup>2</sup> bzw. ihre Anerkennung zu einem Ergebnis führen würde, das mit den wesentlichen Rechtsgrundsätzen des Anerkennungsstaates unvereinbar ist.<sup>3</sup> In einigen arabischen Staaten wird darüber hinaus die Vereinbarkeit des anzuwendenden ausländischen Rechts<sup>4</sup> und des anzuerkennenden ausländischen Urteils und Schiedsspruchs<sup>5</sup> mit der Scharia (nach der am Gerichtsort geltenden Auslegung) vorausgesetzt. Betrachtet man beispielsweise hier die unterschiedlichen Rechtsauffassungen zu Eheschließungen zwischen einer muslimischen Frau und einem nicht-muslimischen Mann, so ist die Schließung solcher gemischten Ehen nach der Scharia unter allen Umständen verboten.<sup>6</sup> Kommt allerdings eine solche Ehe nach einem weltlichen Rechtssystem zustande, so liegt hier ein Verstoß gegen den (islamischen) *ordre public* vor. Für diese Ehe gilt aus Sicht der Scharia die absolute Nichtigkeit mit *ex*

\* Im Rahmen der Jahrestagung der GAIR am 11. und 12. Oktober 2013 in Zürich in Zusammenarbeit mit dem Center for Islamic and Middle Eastern Legal Studies (CIMELS), Zürich und dem Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa (EZIRE) zum Thema „IPR in der Schweiz und Deutschland; Schuldrecht in der islamischen Welt“.

\*\* LL.M. corp. restruc., Promotionsstudent der Juristischen Fakultät und Lehrbeauftragter am Seminar für Sprachen und Kulturen des Vorderen Orients (SSKVO) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

<sup>1</sup> Vgl. in Ägypten Art. 28 ZGB; in Syrien Art. 30 ZGB und in Deutschland Art. 6 EGBGB; Raape bezeichnete die Verweisung auf das ausländische Recht hier als einen „Sprung ins Dunkle“, die durch einen Vorbehalt beschränkt werden sollte, siehe Leo Raape, Internationales Privatrecht, Berlin und Frankfurt a.M., Franz Vahlen GmbH, 1955, S. 87 m.w.N.

<sup>2</sup> Vgl. in Ägypten, Art. 298 Nr. 4, 299 ZPO, 58 (2) lit. b SchiedsG, Entscheidung des Kassationshofs (Zivil), Fall Nr. 16/12/1954; in Syrien Art. 308 lit. d, 309 ZPO, 56 (2) lit. b SchiedsG; in den VAE Art. 235 (2) lit. e, 236 ZPO; im Königreich Saudi-Arabien Art. 11 lit. f Vollstreckungsgesetz (2012).

<sup>3</sup> Vgl. in Deutschland § 328 ZPO Abs. 1 Nr. 4.

<sup>4</sup> Vgl. in den Vereinigten Arabischen Emiraten Art. 27 ZGB.

<sup>5</sup> Vgl. in Saudi-Arabien Art. 55 (2) lit. b SchiedsG (2012). Es ist darauf hinzuweisen, dass die meisten arabischen Staaten Mitgliedsstaaten der New Yorker Konvention für die Anerkennung ausländischer Schiedssprüche (1958) sind, siehe: [http://www.uncitral.org/uncitral/en/uncitral\\_texts/arbitration/NYConvention\\_status.html](http://www.uncitral.org/uncitral/en/uncitral_texts/arbitration/NYConvention_status.html). Dabei ist der Verstoß gegen die Scharia in islamisch geprägten Staaten auch ein Verstoß gegen den *ordre public* im Sinne der Art. 5 (2) lit. b der Konvention.

<sup>6</sup> Siehe Sure 60: al-Mumtahana (Die Geprüfte) Verse (10): <http://islam.de/13827.php?sura=60>; dazu Tafsir Ibn-Katheer: <http://quran.ksu.edu.sa/tafseer/katheer/sura60-aya10.html>. Im Gegensatz dazu ist die Ehe zwischen einem Muslim und einer Jüdin oder Christin (Leute des Buches oder *ahlu l-kitāb*) in den meisten Fällen erlaubt, siehe Sure 5: al-Maida (Der Tisch) Verse (5), <http://islam.de/13827.php?sura=5> dazu Tafsir Ibn-Katheer: <http://quran.ksu.edu.sa/tafseer/katheer/sura5-aya5.html>; und Tafsir al-Qurtubi: [http://library.islamweb.net/newlibrary/display\\_book.php?flag=1&bk\\_no=48&surano=5&ayano=5](http://library.islamweb.net/newlibrary/display_book.php?flag=1&bk_no=48&surano=5&ayano=5); für die unterschiedlichen Auffassungen hierbei zwischen Schiiten und Sunniten siehe Rohe, Das islamische Recht, Geschichte und Gegenwart, C.H. Beck München, 2011, S. 82 m.w.N.



tunc Wirkung.<sup>7</sup> Demzufolge werden diese gemischten Ehen in den meisten Staaten der arabischen und islamischen Welt nicht anerkannt und zwischen den (Ehe) Partnern getrennt.<sup>8</sup> Des Weiteren bestehen aus diesen Ehen weder Rechte noch Pflichten wie etwa Erbfolgen, legitime Abstammung (arab. *nasab šar'ī*) und Vaterschaft, da es sich hierbei lediglich um eine aus Sicht der Scharia nichtige Ehe (arab. *zawāğ bāṭil*) handelt. Ein weiteres Beispiel entstammt dem Erbrecht: In den meisten arabischen Ländern dürfen Nichtmuslime im Allgemeinen nicht von Muslimen erben.<sup>9</sup> Ausländische Gesetze, die von diesen Normen abweichen, sowie ausländische Urteile, die nach diesen Normen erlassen worden sind oder diese berühren, stehen in den arabischen Staaten im Widerspruch zum *ordre public*.

Was allerdings unter dem Begriff „*ordre public*“ oder „*an-nizām al-‘āmm*“ (arab. النظام العام) zu verstehen ist, bleibt weiterhin sehr umstritten und kann nicht zweifelsfrei erfasst und abgegrenzt werden.<sup>10</sup> Bei den meisten Definitionsversuchen geht es im Kern darum, dass dieser Begriff die wesentlichen (religiösen), gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und moralischen Grundsätze einer Gesellschaft repräsentiert, die im Bezug zum höheren Interesse dieser Gesellschaft<sup>11</sup> in einer bestimmten Zeit stehen.<sup>12</sup> Die Relativität ist daher eine seiner wichtigsten Eigenschaften.<sup>13</sup> Dieses juristische Institut des *ordre public* steht in enger Beziehung zu allen Rechtsbereichen und wird deshalb als Geist des Rechtssystems bezeichnet.<sup>14</sup> Nach Mancini ist der *ordre public*, neben den Grundsätzen der Staatsangehörigkeit und der Parteiautonomie, eines der wichtigsten Hauptprinzipien des Internationalen Privatrechts.<sup>15</sup> Dieser Begriff erfuhr zuerst eine Kodifizierung im französischen Recht (Art. 6 CC). Die guten Sitten sind zwar nur ein Teil des *ordre public*<sup>16</sup>, dennoch werden die beiden Begriffe oft gemeinsam verwendet, indem von einem „Verstoß gegen den *ordre public* und die guten Sitten“ gesprochen wird. In einigen islamisch geprägten arabischen Staaten (wie bereits erwähnt) ist der Verstoß gegen die islamische Scharia einem Verstoß gegen den *ordre public* gleichgesetzt, obwohl die Abgrenzung

<sup>7</sup> Die Nationalität der Ehepartner bleibt außer Acht, siehe Appellationsgericht (Zivil), Dubai, Fall Nr. 51, 21/10/2008; für den Fall der Apostasie und ihre Wirkung auf die Ehe und die Erbberechtigung, siehe Ibn Ḥazm al-Andalusī, al-muḥalla, Kairo, Frage Nr. 2095, Frage der Apostasie, 11. Teil, S. 227 ff.

<sup>8</sup> Die Scheidung kommt hier nicht in die Frage, da in diesem Fall keine Ehe vorliegt.

<sup>9</sup> Appellationsgericht (Zivil), Dubai, Fall Nr. 182, 17/12/2006; ‘Izz ad-Din ‘Abdallāh, al-qānūn ad-dawli al-ḥāṣ, zweiter Teil, Kollisionsrecht, Kairo, 1986, S. 528; In Deutschland gilt das Gegenteil. Demgemäß soll das durch Verweisung zur Anwendung berufene ausländische Recht dann nicht anwendbar sein, wenn es Frauen vom Erbe ausschließt oder ihnen auf Grund ihres Geschlechtes (oder ihrer Religion bei Nichtmuslimen) kein Erbe zusteht. Nach Meinung Raapes ist die Verweisung in diesem Fall abzulehnen, da sie die moralische Anschauung sowie die Gefühle des Volkes in dieser Gesellschaft verletze, die vorrangig zu schützen seien, siehe Raape, S. 87 § 13 f; vgl. Peter Scholz, Erbrecht der maghrebinischen Staaten und deutscher ordre public, Hamburg, Kovač, 2006, S. 236 f.

<sup>10</sup> Der Versuch *Pillets* diesbezüglich war erfolglos, siehe dazu ‘Abdallāh, S. 544, Fn 2.

<sup>11</sup> Ägyptischer Kassationshof (Zivil), Fälle Nr. 308, 25/06/1964; Nr. 22, 07/11/1967; Nr. 8, 26/07/1967; Nr. 33, 12/04/1972; Nr. 59, 12/02/1975; Nr. 714, 26/04/1982; Nr. 1259, 13/06/1983; vgl. in den VAE Art. 3 ZGB; Appellationsgericht (Zivil), Dubai, Fälle Nr. 3, 24/05/1998; Nr. 46, 14/12/2002; Nr. 18, 12/06/2005; Nr. 146, 09/11/2008; Appellationsgericht (Zivil), Beirut, Fall Nr. 267/95, 15/03/1995.

<sup>12</sup> ‘Abd ar-Razzāq as-Sanhūrī, al-wasīṭ fī šarḥ al-qānūn al-madanī, maṣādir al-iltizām, Kairo, 1964, S. 326 f.; Hišām Šādiq/Hafīza Ḥaddād, al-qānūn ad-dawli al-ḥāṣ, zweites Buch, Kollisionsrecht, Alexandria, 2000, S. 203 f.; ‘Abdallāh, S. 536, 544 f.

<sup>13</sup> Ġamīla Bl’īd, die internationale Schiedsgerichtsbarkeit zwischen dem nationalen und internationalen ordre public, maṣr al-mu’āšira, Kairo 2012, S. 417-428; Māhir Mūḥammad Ḥamid, aṭar an-nizām al-‘āmm fī l-ḥadd mina l-luğū’ ilā t-taḥkīm, Kairo, 2012, S. 9, 13; Kamāl Fahmī, al-qānūn ad-dawli al-ḥāṣ, Kairo, 1983, S. 316; Šādiq/Haddād, S. 203; Vgl. Beschlüsse des ägyptischen Kassationshofs (Zivil), Fälle Nr. 1596, 12/05/1994; Nr. 298, 14/05/1968; Nr. 166, 05/03/1964.

<sup>14</sup> Maḥmūd Muṣṭafā Yūnis, naḥwa nazariya ‘amma li-fikrat an-nizām al-‘āmm fī qānūn al-murāfa‘āt al-madanīya wa-l-tiğārīya, Kairo, 1996, S. 10 f.

<sup>15</sup> Raape, S. 88 f.

<sup>16</sup> As-Sanhūrī, S. 326 f.

zwischen diesen beiden, dem Verstoß gegen den *ordre public* und dem Verstoß gegen die zwingenden Normen der Scharia, in diesen Staaten meistens nicht möglich ist.

Problematisch ist dabei vor allem die Bedeutung des *ordre public*-Begriffs. Denn welche Regeln er beinhaltet und wann ein Verstoß gegen den *ordre public* vorliegt, ist oft unklar. Dabei bedarf die Rolle des Richters und die Frage, welche Maßstäbe er bei der Anwendung des *ordre public* auf Rechtsverhältnisse mit Auslandsbezug zu beachten hat, einer Klärung. Darüber hinaus existiert weder auf arabischer noch auf internationaler Ebene eine klare Abgrenzung bzw. Bestimmung des Begriffs *ordre public international*.<sup>17</sup> Vor allem in der arabischen Welt wird zwischen dem nationalen und internationalen *ordre public* meistens nur in der Literatur unterschieden. In der dortigen Rechtsprechung spielt diese theoretische Unterscheidung zwischen nationalem und internationalem *ordre public* eine geringe bzw. keine Rolle. Dabei gilt die *ordre public*-Überprüfung für Rechtsverhältnisse mit Aus- und Inlandsbezug gleichermaßen.<sup>18</sup> Weitere wichtige aber sehr problematische Fragen hierbei betreffen die Verhältnismäßigkeit bzw. den Missbrauch der *ordre public*-Anwendung und die Souveränität des Staates. Bemerkenswert ist dabei, dass die Anwendung ausländischer Normen sowie die Anerkennung ausländischer Urteile und Schiedssprüche in den meisten arabischen Staaten wegen *ordre public*-Verstoß so oft scheitert, dass die Anerkennung eher die Ausnahme ist.<sup>19</sup>

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, dem interessierten Leser einen kurzen Überblick über das Konzept des *ordre public* im internationalen Privatrecht einiger arabischer Staaten im Lichte des dortigen Rechts und der Rechtsprechung<sup>20</sup> zu geben.

## II. Konzept des *ordre public* in der arabischen Welt

Zwischen den arabischen Staaten bestehen zwar viele Ähnlichkeiten, aber dennoch große Unterschiede in Bezug auf die Einwirkung des *ordre public* auf die Rechtsgeschäftslehre und seine Bedeutung für die Gesetzgebung.<sup>21</sup> Dies erfordert eine differenzierte Herangehensweise und eine profunde Beschäftigung mit den Besonderheiten der *ordre public*-Konzepte der einzelnen Staaten. Dabei ist die Erörterung der Rolle der Scharia und ihr Einfluss auf die Bestimmung des *ordre public* im Recht arabischer Staaten unerlässlich (siehe II. 2.). Dies erfordert allerdings im ersten Schritt eine Darstellung des *ordre public*-Konzeptes aus Sicht der Scharia (siehe II. 1.).

### 1. Konzept des *ordre public* aus Sicht der islamischen Scharia

In der islamischen Literatur gilt der Grundsatz „Herrschaft der islamischen Religion (arab. *siyādat ad-din al-islāmī*)“ als der leitende (oder der einzige) Ansatzpunkt für die Bestimmung

<sup>17</sup> Ausführlicher über diese Unterscheidung in der Literatur arabischer Staaten s. ‘Abdallāh, S. 527 f.; Ġamāl Maḥmūd al-Kurḍī, *an-nizām al-‘āmm al-‘arabī*, Kairo, 2010, S. 10 f.; In Deutschland, der Schweiz, Frankreich und England siehe María Elena Alvarez de Pfeifle, *Der Ordre Public-Vorbehalt als Versagungsgrund der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung internationaler Schiedssprüche*, Dissertation, Lang, Frankfurt am Main; Berlin; Bern; Wien, 2009, S. 165 f.

<sup>18</sup> Al-Kurḍī, S. 10 f.

<sup>19</sup> Vgl. Bälz, *Die Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Urteilen und Schiedssprüchen in den arabischen Staaten Nordafrikas*, RIW, Heft 1-2/2013.

<sup>20</sup> Fundstelle der erwähnten Rechtsprechung ist der „Eastlaws“ Dienstleister: <http://www.eastlaws.com/>.

<sup>21</sup> Die Erfahrung zeigt, dass europäische und vor allem deutsche Juristen die arabische Welt von Mauretanien im Westen bis zum Sultanat von Oman im Osten, sowie die arabischen Rechtssysteme als sehr homogen wahrnehmen und dabei die vielen kulturellen, religiösen, wirtschaftlichen und vor allem rechtlichen Unterschiede in den jeweiligen Ländern übersehen, siehe unten.

des *ordre public* in der Scharia. Der *ordre public* sollte demnach grundsätzlich dazu dienen, die islamische Religion in der (islamischen) Gesellschaft zu verankern und zu schützen.<sup>22</sup> Seine wesentlichen Elemente in der Scharia sind die allgemeinen Konzepte der Scharia und ihre Quellen wie Koran (Qur'ān), Sunna, Analogieschluss und Iğmā'.<sup>23</sup> Nach der Lehre des islamischen Rechts gilt der Islam als die einzige Offenbarungsreligion, deren Scharia, wie sie im Koran Niederschlag gefunden hat, das Leben der einzelnen Gläubigen unmittelbar regelt.<sup>24</sup> Der Koran gilt als das ewige und unabänderliche Grundgesetz der islamischen Gesellschaft.<sup>25</sup> Die in ihm enthaltenen Rechtssätze<sup>26</sup> sind dementsprechend unantastbar. Die islamischen Rechtsgelehrten unterscheiden hierbei zwischen göttlichem, menschlichem und gemischtem Recht. Dabei stellen die zwingenden Vorschriften des göttlichen Rechts *ordre public*-Regeln dar.<sup>27</sup> Der *ordre public*-Begriff hat im „göttlichen“ Recht der Scharia eine sehr viel größere Bedeutung als im „positiven“ Recht der weltlichen Rechtssysteme.<sup>28</sup> Er hat im Gegensatz zu dem der säkularen Rechtssysteme eine feststehende Bedeutung und ist weder zeit- noch ortsabhängig. Darüber hinaus kennt die Scharia kein internationales Privatrecht im eigentlichen Sinne.<sup>29</sup> Demnach hat der Richter im Islam (arab. *al-qāḍī*) jederzeit und in allen von der Scharia dominierten Rechtsordnungen ausschließlich das islamische Recht (Scharia)<sup>30</sup> anzuwenden.<sup>31</sup> Demzufolge ist eine Unterscheidung zwischen nationalem und internationalem *ordre public* in der Scharia nicht durchführbar, da der *ordre public* im Sinne der Scharia immer national ist. Daher ist auch eine mildere Form der *ordre public*-Anwendung bzw. eine entschärfte Auswirkung des *ordre public* der Scharia unbekannt.<sup>32</sup>

Nach alledem ist festzustellen, dass die wesentlichen Grundsätze der Scharia immer und für alle gleich gelten; der islamische Richter hat auch bei Fällen mit Auslandsbezug ein bestimmtes, feststehendes und göttliches *ordre public*-Konzept zu beachten, das auch für jeden anderen islamischen Richter in jeder anderen islamischen Gesellschaft jederzeit gleichermaßen bindend ist. Dies versteht sich von selbst, da der Islam eine globale Religion ist; der Wille Gottes soll nach islamischer Lehre für die gesamte Menschheit gelten: „Allahs Wort (doch) das hohe ist“<sup>33</sup> und damit auch die Scharia und ihre Grundsätze.<sup>34</sup>

<sup>22</sup> Tāriq al-Biṣrī, *fikrat an-nizām al-'amm baina n-naẓariya wa-l-taṭbīq*, Kairo, 2011, S. 193 f.

<sup>23</sup> Vgl. al-Biṣrī, S. 192 f. m.w.N.; hierbei gelten der Koran und die Sunna als die unumstrittenen Rechtsquellen im Islam, siehe El-Ahdab, *Arbitration with the Arab Countries*, 3. Auflage, Kluwer Law International BV, die Niederlande, 2011, S. 49; zu den Rechtsquellen und Methoden der Rechtsfindung im Islam, Rohe, S. 43 f. m.w.N.

<sup>24</sup> Al-Biṣrī, S. 178 m.w.N.

<sup>25</sup> Vgl. Am Beispiel Saudi-Arabien, Art. 1 des Grundgesetzes von 1992.

<sup>26</sup> Rohe, S. 48 f. m.w.N.

<sup>27</sup> Für weitere Kategorien von Rechtsnormen in der islamischen Lehre, al-Biṣrī, S. 451 f.

<sup>28</sup> El-Ahdab, S. 22.

<sup>29</sup> Bälz/Shahoud Almousa, *Reform des Schiedsrechts in Saudi-Arabien*, *SchiedsVZ* 2013, Heft 5, S. 248-256; Krüger, *Einige Anmerkungen zum traditionellen islamischen Kollisionsrecht* in: *Liber amicorum Klaus Schurig* (FS Schurig), München, Sellier Europ. Law Publ, 2012, S. 121-127.

<sup>30</sup> Zur Terminologie, Abgrenzung und Bedeutung der islamischen Scharia und des Rechts, Rohe, S. 9.

<sup>31</sup> Al-Kurdi, S. 86, Fn. 2; Krüger, *Ibid*; Bälz/Shahoud Almousa *SchiedsVZ* 2013.

<sup>32</sup> Al-Kurdi, S. 165 f. m.w.N.

<sup>33</sup> Siehe Sure 9 At-Tauba (Die Reue), Vers 40.

<sup>34</sup> Al-Biṣrī, S. 192 f.; Sure an-Nisā' 64-65.

Beispiele für ordre public-Regeln nach der islamischen Scharia: Prinzipiell haben sich die Einzelnen nach der Scharia an ihre Vereinbarungen zu halten,<sup>35</sup> es sei denn, dass sie dabei für erlaubt erklären (arab. *yuhallil*), was verboten (arab. *ḥarām*) ist, oder umgekehrt.<sup>36</sup> Jede Abweichung oder Umgehung davon ist untersagt, da sie gegen den ordre public verstößt.<sup>37</sup> Eines der wichtigsten Beispiele hierfür, aus Sicht der Praxis, ist das Zinsverbot (arab. *ribā*).<sup>38</sup> Demnach ist auch der Kaufvertrag, der einen verbotenen Darlehensvertrag mit Zinsen umgeht, nach Ansicht der *Šāfiʿiten* und *Hanāfiten* nichtig.<sup>39</sup> Weiterhin ist das Rechtsgeschäft, dessen Motiv unzulässig ist, nach einigen Ansichten in der islamischen Scharia nichtig.<sup>40</sup> Selbst der Traubenverkauf an Winzer ist nach manchen Schulen nichtig, weil das dazugehörige Motiv die Weinproduktion ist, die allerdings im Islam verboten ist.<sup>41</sup> Gleiches gilt nach Ansicht der *Mālikiten* und der *Hanbaliten* für einen Kaufvertrag, wenn er ohne Erwirtschaftungsmotiv (arab. *muʿāwada* oder *ribh*) abgeschlossen wird.<sup>42</sup> Weitere Scharia-Normen mit ordre public-Charakter sind das Verbot des Glücksspiels (arab. *maisar*), die Ungewissheit bzw. Unsicherheit des Rechtsgeschäfts<sup>43</sup> sowie auch die meisten Fragen des Personalstatuts wie u.a. die Bestimmungen über die Eheschließung,<sup>44</sup> das Erbrecht, die Rechtsfähigkeit, die Pubertät,<sup>45</sup> die Vormundschaft, und die väterliche Gewalt.<sup>46</sup>

Auch die für die Besetzung des Richteramts erforderlichen Eigenschaften haben nach der Scharia ordre public-Charakter.<sup>47</sup> Dementsprechend darf der Richter nicht weiblich, minderjährig, nichtgläubig oder schändlich (arab. *fāsiq*) und außerdem (heute nicht mehr relevant) kein Sklave sein.<sup>48</sup> Diese Anforderungen gelten nach der Scharia gleichermaßen für die Besetzung des Schiedsrichteramtes.<sup>49</sup> Eine Abweichung davon hätte einen nichtigen Schiedsspruch zur Folge.<sup>50</sup> Dabei darf der (Schieds-) Richter auf keinen Fall nicht-Muslim sein.<sup>51</sup> Zurückzuführen ist

<sup>35</sup> Sure 5: al-Maida (Der Tisch), Verse (1) „O die ihr glaubt, haltet die Abmachungen!“

<sup>36</sup> Spruch des Propheten (Hadīṭ), Sunnan al-Turmuḏī

<sup>37</sup> Der Muslim ist bei Verstoß gegen diesen Grundsatz nicht nur rechtlich verantwortlich, sondern begeht darüber hinaus eine Sünde.

<sup>38</sup> Sure 2: al-Baqara (Die Kuh) Verse (275) „Diejenigen, die Zins verschlingen, werden nicht anders aufstehen als jemand, den der Satan durch Wahnsinn hin und her schlägt. Dies (wird sein), weil sie sagten: Verkaufen ist das gleiche wie Zinsnehmen. Doch hat Allah Verkaufen erlaubt und Zinsnehmen verboten. Zu wem nun eine Ermahnung von seinem Herrn kommt, und der dann aufhört, dem soll gehören, was vergangen ist, und seine Angelegenheit steht bei Allah. Wer aber rückfällig wird, jene sind Insassen des (Höllen-) Feuers. Ewig werden sie darin bleiben.“

<sup>39</sup> Aḥmad Ibrāhīm, *al-iltizāmāt fi l-šarʿ al-islāmī*, Kairo, S. 99-100.

<sup>40</sup> Str.: al-Biṣrī, S. 289 f. m.w.N.

<sup>41</sup> Al-Biṣrī, S. 295 f.; siehe über das „Versperren der Mittel“ (arab. *sadd al-dārāʿi*), Rohe, S 70 m.w.N.

<sup>42</sup> Ibn Qayyim al-Ġawzīya, dritter Teil, Bearbeiter Ṭah ʿAbd ar-Raʿūf Saʿd, S. 98-99.

<sup>43</sup> Zum Vertragsrecht im islamischen Recht, Rohe, S. 103 f. m.w.N.

<sup>44</sup> Siehe I.

<sup>45</sup> (Arab. *al-bulūḡ*), Dieses Wort wird von den islamischen Gelehrten zur Bestimmung der verschiedenen Stufen der Geschäftsfähigkeit verwendet.

<sup>46</sup> (Arab. *al-wilāya*), Demgemäß steht die väterliche Gewalt folgenden Personen, solange es keinen Religionsunterschied gibt, in dieser Reihenfolge zu: Vater, Großvater, der Bruder des Vaters, der Onkel des Vaters, die Mutter und andere Verwandte, der (islamische) Richter oder eine andere Person bestimmt durch den Richter, sodass der Richter nur in Betracht kommt, wenn keine der oben genannten Personen vorhanden ist, siehe El-Ahdab, S. 25, IA-126 f. m.w.N.

<sup>47</sup> Vgl. Art. 3 der Ausführungsbestimmungen (1985) zum alten Schiedsgesetz in Saudi-Arabien (1983); Bälz/Shahoud Almousa, *The Recognition and Enforcement of Foreign Judgments and Arbitral Awards under the Riyadh Convention* (1983), erscheint in: *International Journal of Procedural Law*, 8 (2014), M.w.N.

<sup>48</sup> ʿAbd al-Fatāḥ Muḥammad Abu l-ʿAinain, *al-qadāʾ wa-l-iḡbāt fi l-fiqh al-islāmī*, S. 16 m.w.N.; Irene Schneider, Qāḍi und Qāḍi-Justiz im vormodernen und modernen islamischen Recht, in: *Position und Aufgaben des Richters nach westlichem und nach islamischem Recht*, Mohr Siebeck, Tübingen, 2007, S. 55-86, 2007.

<sup>49</sup> Abu l-ʿAinain, S. 113 f.

<sup>50</sup> Ali Mezghani, *Islamic Law and Arbitration*, *Revue de l'Arbitrage* 2008, N 2, S. 211.

<sup>51</sup> Vgl. Art. 3 der Ausführungsbestimmungen (1985) zum alten Schiedsgesetz in Saudi-Arabien.



dies auf Sure an-Nisā' 4, Vers 141: "Und Allah wird niemals den Ungläubigen die Oberhand über die Gläubigen geben!". Dementsprechend kommt als (Schieds-) Richter überhaupt nur ein männlicher Muslim in Frage, der zugleich weise (verständlich), frei, vernünftig, gerecht und Jurist (arab. *muğtahid*) ist.<sup>52</sup> Diese Regeln bezüglich der Religionszugehörigkeit und des Geschlechts des Richters finden allerdings nur in Staaten wie Saudi-Arabien Anwendung, wo die Scharia vorherrschend ist.<sup>53</sup> In Staaten wie dem Libanon oder Syrien haben diese Eigenschaften des Richters bzw. Schiedsrichters für die Besetzung der weltlichen Gerichte<sup>54</sup> keine Bedeutung.<sup>55</sup> In den weltlichen Gerichten dieser Staaten kann der Richter sowohl eine Frau als auch ein Nichtmuslim sein. Darüber hinaus kann der Schiedsrichter in den meisten arabischen Staaten sogar ein Ausländer sein.

Inwieweit die Scharia Einfluss auf die Bestimmung des *ordre public* in der arabischen Welt hat, wird im folgenden Abschnitt kurz skizziert.

## 2. Das ordre public-Konzept in der Arabischen Welt und der Einfluss der Scharia auf dessen Bestimmungen

Grundsätzlich sind alle *Normen des öffentlichen Rechts* zwingende Regeln und gehören zur öffentlichen Ordnung des Landes.<sup>56</sup> In diesen Normen manifestiert sich die politische, wirtschaftliche, moralische und soziale Anschauung und Ausrichtung eines Staats und einer Gesellschaft. Die Verfassung spiegelt dabei die höheren Normen einer Gesellschaft wieder, die den nationalen bzw. ausländischen Gesetzen vorgehen. Dazu gehören vor allem die Grundrechte und die Grundprinzipien der Gesetzgebung. In allen Verfassungen arabischer Staaten, außer im Libanon, ist die islamische Scharia entweder *eine* oder *die* Hauptquelle der Gesetzgebung.<sup>57</sup> Demnach müssen die Gesetze des Landes mit diesen Normen (Scharia-Normen) im Einklang stehen.<sup>58</sup> Als Beispiel hierfür eignet sich das Zinsverbot im Islam: Gilt die Scharia als *die* Hauptquelle der Gesetzgebung, ist es selbstverständlich, dass die Zinsnahme im Recht dieser

<sup>52</sup> El-Ahdab, S. 35, IA-193, f.

<sup>53</sup> Im neuen saudischen Schiedsgesetz von 2012 wird zwar keine Beschränkung bezüglich der Religion oder des Geschlechts des Schiedsrichters vorgeschrieben, dies bedeutet allerdings nicht, dass die alten Beschränkungen diesbezüglich nicht weiter fortgelten. Das ist insbesondere deswegen zu beachten, weil die islamische Scharia im neuen Gesetz wie auch bei der Anerkennung und Vollstreckung der Schiedssprüche eine entscheidende Rolle spielt. Dies bedarf noch der Klärung durch die noch zu erlassenden Ausführungsbestimmungen; siehe Bälz/Shahoud Almousa, SchiedsVZ 2013.

<sup>54</sup> In diesen Staaten existieren neben den staatlich-weltlichen Gerichten auch Scheriatgerichte sowie geistliche Gerichte (bischöfliche und Rabbinats Gerichte), die nur für die Personalstatut-Fragen der anerkannten Religionsgemeinde zuständig sind, siehe Krüger FS Schurig (2012) S. 121, 127 m.w.N.

<sup>55</sup> Über die Situation der Frauen und der Nichtmuslime nach modernem islamischem Recht, Rohe, S. 254 f.

<sup>56</sup> Yünis, S. 14 f.

<sup>57</sup> In Verfassungen der arabischen Staaten kann unterschieden werden zwischen Staaten:

*in denen der Islam die Staatsreligion ist:* Algerien (Art. 2), Bahrain (Art. 2), Irak (Art. 2), Jemen (Art. 2), Jordanien (Art. 2), Katar (Art.1), Kuwait (Art. 2), Libyen (Art. 1 der konstitutionellen Erklärung von 2011), Marokko (Chapter 3), Mauretanien (Art. 5), Somalia (Art. 1 (3)), Tunesien (Art. 1 des Verfassungsentwurfs 2013), in den Vereinigten Arabischen Emiraten (Art. 7 der föderalen Verfassung);

*die islamischen Staaten sind:* Bahrain (Art. 1), Jemen (Art. 1), Marokko (Einführung zur Verfassung), Mauretanien (Art. 1);

*in denen die islamische Scharia die einzige Rechtsquelle ist:* Jemen (Art. 3), Libyen (Art. 1), Sudan (Art. 5 (1));

*in denen der Koran und Sunna die Verfassung des Landes sind:* Das Königreich Saudi-Arabien (Art. 1 GG von 1992);

*in denen eine besondere Situation vorliegt:* In Ägypten sind die Bestimmungen der islamischen Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung (Art. 2), Nach Art. 3 (2) der syrischen Verfassung ist *al-fiqh al-islāmī* eine Hauptquelle der Gesetzgebung. *Al-fiqh al-islāmī* ist das menschliche Werk der islamischen Rechtsgelehrten und hat keinen göttlichen Charakter wie die Scharia.

<sup>58</sup> Als Beispiel hier dient Art. 2 der ägyptischen Verfassung von 1971 und die Modifikation diesbezüglich im Jahr 1980, siehe dazu Entscheidungen des ägyptischen Oberverfassungsgerichts, Fälle Nr. 20, 04/05/1985; Nr. 67, 07/09/1996; Nr. 26, 16/11/1996; Nr. 34, 04/01/1997 je m.w.N.

Staaten verboten ist. Dies ist vor allem in Saudi-Arabien und in Bahrain der Fall.<sup>59</sup> In den Vereinigten Arabischen Emiraten ist die Zinsnahme grundsätzlich auch verboten, gilt allerdings auf Grund der aktuellen wirtschaftlichen Interessen der Emirate, solange diese wirtschaftlichen Interessen es verlangen, ausnahmsweise als erlaubt.<sup>60</sup> Anders steht es, wenn die Scharia nicht die alleinige Hauptquelle, sondern nur *eine* Hauptquelle der Gesetzgebung *neben* anderen ist. In diesem Fall stehen gesetzliche Zinsen nicht im Widerspruch zu bestehenden Verfassungsnormen. Beispiele für solche gesetzlichen Zinsen finden sich etwa im ägyptischen (Art. 226)<sup>61</sup> und im syrischen Zivilgesetzbuch (Art. 227). Prinzipiell gilt dieser Grundsatz in den arabischen Staaten gleichermaßen für Geschäfte mit Auslands- und Inlandsbezug. Ist zum Beispiel in Staaten, in denen Zinsen verboten sind, in einem Rechtsgeschäft (auch mit Auslandsbezug) die Zahlung von Zinsen vereinbart, oder ist in Staaten, in denen der Zinssatz beschränkt ist, der vereinbarte Zinssatz höher als der gesetzliche, so ist diese Vereinbarung nichtig.<sup>62</sup> Die Nichtigkeit betrifft grundsätzlich nicht das gesamte Rechtsgeschäft, sondern bleibt auf den Teil begrenzt, der gegen den *ordre public* verstößt. Etwas anderes gilt nur, wenn der Verstoß einen wesentlichen Teil des Rechtsgeschäfts ausmacht.<sup>63</sup> Dieser Grundsatz kann eine Rolle für die Teilanerkennung ausländischer Urteile und Schiedssprüche in den arabischen Staaten spielen. In diesem Zusammenhang erklärte das saudische *Board of Grievance* im Jahr 2006 die Teilanerkennung eines ägyptischen Gerichtsurteils für zulässig.<sup>64</sup> Demnach lag kein Verstoß gegen die Scharia und damit gegen den saudischen *ordre public* vor, weil die Anerkennung des widrigen Urteilsteils, hier die fälligen Zinsen, im Anerkennungsverfahren nicht beantragt war.

Des Weiteren sind die meisten Vorschriften des *Personalstatutsrechts* in der arabischen Welt religiös geprägt. Dementsprechend sind die meisten Fragen des Familienrechts wie u.a. Rechtsfähigkeit, Erbquoten, Eheschließung, Kindschaft<sup>65</sup> und Vormundschaft in diesen Staaten Teil des *ordre public*.<sup>66</sup> Im Vergleich dazu können Vorschriften des Familien- und Erbrechts in den weltlichen westlichen Rechtssystemen auch *ordre public*-Charakter haben, allerdings nicht, weil sie religiöse Vorschriften sind, sondern weil sie Bezug zu den Grund- und Menschenrechten dieser Staaten haben. In einigen arabischen Staaten existieren auch interreligiöse familienrechtliche Vorschriften für Nichtmuslime, welche im Rahmen des *ordre public* angewendet werden können.<sup>67</sup> In Syrien und Ägypten beispielsweise hat jede anerkannte Religionsgemeinde ihr eigenes Familienrecht.<sup>68</sup> Dieses ist jedoch nur dann anwendbar, wenn alle betroffenen Parteien

<sup>59</sup> Vgl. Art. 228 des bahrainischen Zivilgesetzbuchs.

<sup>60</sup> Siehe Entscheidung des Emiratischen Obersten Föderalgerichts, Fall Nr. 26, 31/12/1996 bezüglich der Frage, ob Art 76 des Handelsrechts (Gesetz Nr. 18/1993) verfassungsmäßig ist.

<sup>61</sup> Mit einer pragmatischen Argumentation hat das Oberste Verfassungsgericht Ägyptens in seiner oben genannten Entscheidung (am 04.05.1985) Art. 226 ZGB für verfassungsmäßig erklärt. Demnach wäre Art. 226 ZGB nur verfassungswidrig, wenn sie nach der Verfassungsänderung (Art. 2) im Jahr 1980 erlassen wäre, wo die Bestimmungen der islamischen Scharia in Ägypten „die“ und nicht nur „eine“ Hauptquelle der Gesetzgebung geworden sind, was allerdings hier nicht der Fall war. Die Erhebung solcher Klagen in Syrien ist nicht zulässig, solange lediglich „*al-fiqh al-islāmī*“ nur eine Hauptquelle der dortigen Gesetzgebung ist (Art. 3 (2) der syrischen Verfassung).

<sup>62</sup> Siehe Bälz, Zinsverbote und Zinsbeschränkungen im Internationalen Privatrecht, IPRax, 2012, Heft 4, S. 306-311.

<sup>63</sup> Abdallāh, S. 550.

<sup>64</sup> Siehe Entscheidung des *Board of Grievances*, Fall Nr. 2496, 10/03/1427 (hiğrī) bzw. 2006 A.D.

<sup>65</sup> Vgl. Beschluss des ägyptischen Kassationshofs (Zivil), Fall Nr. 7, 31/12/1975.

<sup>66</sup> Appellationsgericht (Zivil), Dubai, Fälle Nr. 46, 14/12/2002; Nr. 182, 17/12/2006; Oberstes Föderalgericht (VAE), Fall Nr. 365, 12/06/2007.

<sup>67</sup> Dabei kommt der islamisch geprägte nationale *ordre public* in Betracht, siehe Entscheidungen des ägyptischen Oberverfassungsgerichts, Fälle Nr. 74, 01/03/1997; Nr. 81, 04/04/1998 m.w.N.

<sup>68</sup> Dies gilt nur für Angehörigen der drei Offenbarungsreligionen (Juden, Christen und Muslime).

der jeweiligen Religion angehören.<sup>69</sup> Ist dies nicht der Fall und kommt es damit zum Anwendungskonflikt zwischen mehreren religiösen Rechten (interreligiöse Kollisionsregeln), so ist zu beachten, dass die islamische Scharia als *ius commune* fungiert und deshalb in diesen Fällen automatisch zur Anwendung kommt.<sup>70</sup>

Die familienrechtlichen Vorschriften für Muslime in den arabischen Staaten sind jedoch nicht einheitlich. Diese Gesetze sind in erster Linie von der im jeweiligen Land offiziell als herrschend anerkannten islamischen Rechtsschule geprägt.<sup>71</sup> Darüber hinaus gelten in einigen arabischen Staaten im Familienrecht Beschränkungen, die der Scharia unbekannt sind und teilweise sogar gegen ihre Bestimmungen verstoßen. Hier sind etwa die Beschränkungen betreffend Scheidungen in Tunesien und Polygamie in Marokko zu nennen. In Tunesien zum Beispiel wird für die Wirksamkeit der Scheidung ein rechtliches Verfahren<sup>72</sup> und in Marokko für die Gültigkeit der zweiten Ehe (Polygamie) eine richterliche Einwilligung<sup>73</sup> vorausgesetzt. Diese Einschränkungen stehen im Widerspruch zu den Grundsätzen der Scharia und daher dem islamischen *ordre public*.<sup>74</sup> Die unterschiedlichen Auffassungen hierbei können die Anerkennung ausländischer Urteile und die Anwendung ausländischer Gesetze in und zwischen den arabischen Staaten verhindern.<sup>75</sup> Dabei reicht es aus, wenn eine der Parteien Muslim ist, da ihre Staatsangehörigkeit in diesem Fall für den islamischen Richter außer Acht bleibt.<sup>76</sup>

Aus Sicht der Praxis ist darauf hinzuweisen, dass ausländische Schiedssprüche in den meisten arabischen Staaten leichter anerkannt werden können als im Ausland ergangene Gerichtsurteile. Die Schiedsgerichtsbarkeit gewinnt daher in der arabischen Welt stetig an Bedeutung. Die heutigen arabischen *Schiedsgesetze* sind größtenteils vom französischen Schiedsrecht und dem UNCITRAL-Modellgesetz beeinflusst.<sup>77</sup> Für das dortige *ordre public*-Konzept sind Fragen der Schiedsfähigkeit (subjektive und objektive Schiedsfähigkeit) und vor allem die Frage der Schiedsfähigkeit von Streitigkeiten mit der öffentlichen Hand und die diesbezüglichen Beschränkungen von großer Bedeutung.<sup>78</sup> Ein weiterer wichtiger Punkt mit Bezug zum *ordre*

<sup>69</sup> In Ägypten wird darüber hinaus die Angehörigkeit zur selben Konfession vorausgesetzt, siehe Art. 3 des Personalstatutsrechts, Gesetz Nr. 1/2000.

<sup>70</sup> Appellationsgericht (Zivil), Dubai, Fälle Nr. 3, 24/05/1998; Nr. 46, 14/12/2002; Nr. 55, 26/06/2005.

<sup>71</sup> Zum Beispiel ist im Königreich Saudi-Arabien die *hanbalitische* Schule herrschend, in den Vereinigten Arabischen Emiraten die *mālikitische* Schule (Art. 2 (3) des Personalstatutsrechts, Gesetz Nr. 28/2005), in Syrien herrscht nach Art. 305 des Personalstatutsrechts, Gesetz Nr. 59/1953 und in Ägypten nach Art. 3 des Personalstatutsrechts, Gesetz Nr. 1/2000 die *hanafitische* Schule. Demnach ist zur Lückenfüllung im Gesetz auf die Lehrmeinung dieser Schulen zurück zu greifen.

<sup>72</sup> Art. 30 Gesetz zum Personalstatut von 1956 schreibt vor: „Die (Ehe) Scheidung erfolgt nur durch das Gericht.“

<sup>73</sup> Art. 30 Gesetz zum Personalstatut Nr. 343/1957.

<sup>74</sup> Al-Kurdi, S. 173 f. mit den Fußnoten.

<sup>75</sup> Vgl. Entscheidung des ägyptischen Kassationshofs (Zivil), Fall Nr. 10, 20/06/1977.

<sup>76</sup> Abdallāh, S. 366; al-Kurdi, S. 49 f. m.w.N; vgl. Entscheidung des Oberföderales Gerichts in den VAE, Fall Nr. 365, 12/06/2007. Nach dieser Entscheidung lag kein Anwendungshindernis des deutschen Erbrechts vor, auch wenn dessen Bestimmungen nicht Scharia konform sind, solange keiner der Beteiligten (Hier Erblasser und Erbberechtigter) Muslim ist; Im Gegensatz dazu steht die Entscheidung des syrischen Kassationshofs (Zivil) im Jahr 1977, Fall Nr.1138, 31/10/1977, in al-Muḥāmūn, S. 417, 1977 (Der Spanierfall).

<sup>77</sup> Historisch galt die Medjella zunächst im osmanischen Reich als eine Kodifikation der Scharia, s. Edwin E. Hitti, *Basic Mechanics of Islamic Capitalism*, ArabCham, 2007, S. 186.

<sup>78</sup> Vgl. Art. 7 der Ausführungsbestimmungen (1985) zum alten Schiedsrecht in Saudi-Arabien (1983); Art. 10 (2) des neuen Schiedsgesetzes in Saudi-Arabien, m.w.N. Bälz/Shahoud Almousa, *SchiedsVZ* 2013; Bälz am Beispiel des Iran, *Schiedsklauseln in Verträgen mit der iranischen öffentlichen Hand*, *SchiedsVZ* 2006, 28 f; vgl. Otto/Elwan, *Article 5 (2) in: Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards: A Global Commentary on the New York Convention*, Alphen aan den Rijn, Kluwer Law Internat, 2010, S. 350.

*public* ist die Zusammensetzung des Schiedsgerichts.<sup>79</sup> Dabei muss z.B. die Zahl der Schiedsrichter in den meisten arabischen Staaten, sofern es mehrere sind, ungerade sein.<sup>80</sup> Ansonsten liegt ein Verstoß gegen den *ordre public* vor.<sup>81</sup> Ferner ist die Anerkennung und Vollstreckung des (ausländischen) Schiedsspruches abzulehnen, wenn die Parteien zum Verfahren nicht ordnungsgemäß geladen waren,<sup>82</sup> da in diesem Fall ein Verstoß gegen das Recht auf rechtliches Gehör und damit gegen den (internationalen) *ordre public* vorliegt.<sup>83</sup> Des Weiteren ist Schiedsklausel nichtig, wenn sie nicht in schriftlicher Form verfasst worden ist.<sup>84</sup> Hingegen war das Erfordernis, dass die Schiedsrichter bereits in der Schiedsvereinbarung benannt werden, wie es der aufgehobene Art. 502 der ägyptischen ZPO aufstellte, nach der Rechtsprechung des ägyptischen Kassationsgerichtshofes kein *ius cogens* und damit keine für den *ordre public* relevante Regel.<sup>85</sup>

### III. Zusammenfassung

Im internationalen Privatrecht dient die Vorbehaltsklausel des *ordre public* dazu, das nationale Rechtssystem und die grundsätzlichen und wesentlichen Normen der Gesellschaft vor der Verletzung durch widrige ausländische Normen zu schützen.<sup>86</sup> Demnach ähnelt der *ordre public* einem Sicherheitsventil der nationalen Rechtsordnung.<sup>87</sup> Der Verstoß gegen den *ordre public* kann der Richter in allen Prozessinstanzen, einschließlich des Kassationshofs, von Amts wegen überprüfen.<sup>88</sup> Zu Recht verlangt as-Sanhūrī dabei, dass der Richter auf Grund der Relativität des *ordre public* in jedem einzelnen Fall den Geist der Zeit zu erforschen und zu achten habe.<sup>89</sup>

Des Weiteren ist zu beachten, dass die Gesetzgebung in den arabischen Staaten zu einem Teil von der Scharia und zum anderen Teil von westlichen Rechtssystemen beeinflusst ist.<sup>90</sup> Dies spielt eine (große) Rolle bei der Bestimmung des *ordre public* in diesen Staaten. Zudem ist der Einfluss der Scharia auf die dortige Gesetzgebung seinerseits nicht einheitlich. Während die Scharia in manchen Staaten, wie Saudi-Arabien, herrschend ist, ist ihr Einfluss im Libanon, in Syrien und wohl auch in Ägypten auf das Familienrecht und einige Teile des Zivilrechts begrenzt. In Syrien und Ägypten z.B. greift der Richter nur im Falle einer Lücke der geschriebe-

<sup>79</sup> Für die Voraussetzungen bezüglich des Schiedsrichters, seiner Religion und seines Geschlechts siehe oben II. 1.

<sup>80</sup> Vgl. Art. 13 des neuen Schiedsrechts in Saudi-Arabien, Bälz/Shahoud Almousa, SchiedsVZ 2013 m.w.N.; Art. 12 des syrischen Schiedsgesetzes.

<sup>81</sup> El-Ahdab, S. 178; Appellationsgericht (Zivil), Kairo, Fall Nr. 34, 35/119, 29/01/2003; Fall Nr. 61/115, 21/4/99, Journal of Arab Arbitration, vol. 07/07/2004, 182.

<sup>82</sup> Vgl. Art. 5 (1) lit b NYC.

<sup>83</sup> Hafīza Ḥaddād, at-ṭa' n bi-l-buṭlān 'alā aḥkām at-taḥkīm aṣ-ṣādīra fī l-munāza'āt al-ḥāṣa ad-dawliya, Kairo, S. 194 f; darüber hinaus stellt der Verstoß gegen diese Norm einen Anfechtungsgrund des (ausländischen) Schiedsspruches dar, Vgl. Art. 53 (1) (c) ägyptisches SchiedsG und am Beispiel Saudi-Arabien Art. 50 (1) (c) SchiedsG, Bälz/Shahoud Almousa, SchiedsVZ, 2013 m.w.N. über Anwendungsbereich des Gesetzes und die Anfechtungsgründe.

<sup>84</sup> Am Beispiel Saudi-Arabien, Bälz/Shahoud Almousa, SchiedsVZ, 2013.

<sup>85</sup> Kassationshof (Zivil), Ägypten, Fall Nr. 714, 26/04/1982.

<sup>86</sup> Yūnis, S. 31.

<sup>87</sup> Ṣādiq/Ḥaddād, S. 195; Fū'ād Riyāḍ/Sāmīa Rāṣid, uṣūl tanāzu' al-qawānīn wa-tanāzu' al-iḥtiṣāṣ al-qaḍā'ī ad-dawli, Kairo, 1990, S. 117 f.

<sup>88</sup> Yūnis, S. 19. f. m.w.N.; Vgl. Beschlüsse des ägyptischen Kassationshofs (Zivil), Fall Nr. 10375, 10/11/1998; Sultanat Oman, (2. Zivilkammer), Fall Nr. 64, 31/10/2004; Bl'aid, 2012, S. 417-428.

<sup>89</sup> As-Sanhūrī, S. 401; 'Abdallāh, S. 536; al-Kurdī, S. 45 und 98 f.

<sup>90</sup> S. Elwan, Gesetzgebung und Rechtsprechung in: Der Nahe und Mittlere Osten, Grundlagen, Strukturen und Problemfelder, Opladen, Leske und Budrich, 1988, S. 221-254.

nen Gesetze auf die Konzepte der Scharia zurück.<sup>91</sup> Auch wo nur die Scharia herrschend ist, wie in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, gelten verschiedene Konzepte bezüglich des *ordre public* (siehe oben am Beispiel von Zinsverbot und Zinsbeschränkung). Daher sollte man aus westlicher Sicht die arabische Welt von Mauretanien im Westen bis zum Sultanat von Oman im Osten, sowie ihre Rechtssystemen nicht als homogen betrachten, weil dabei die vielen kulturellen, religiösen, wirtschaftlichen und vor allem rechtlichen Unterschiede der jeweiligen Ländern übersehen werden würden.

<sup>91</sup> Art. 1 (2) ägy.ZGB, 1 (2) syr.ZGB; Kassationshof (Zivil), Syrien, Fall Nr. 206, 15/02/1950 in al-Qānūn S. 97, 1950; Kassationshof (Zivil), Ägypten, Fall Nr.201, 26/04/1960.